

Kultur prekär

Die Honorarkräfte von Musik- und Volkshochschule demonstrieren gegen prekäre Arbeitsbedingungen

Es wäre besser gewesen, die Protestaktion vor der Bürgerschaft erst um 13.30 Uhr zu beginnen, nämlich dann, wenn die zur Sitzung eintreffenden Abgeordneten sie auch wahrnehmen. Aber das ging nicht, denn: Da mussten die LehrerInnen an Musik- und Volkshochschule ja arbeiten. Für 20 Euro die Stunde brutto. Ohne Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, ohne Bezahlung in den Ferien, ohne Kündigungsschutz und ohne soziale Absicherung.

Der musikalische Protest mit Saxophon, Tuba, Trommel und Gesang fand daher schon um elf Uhr statt. „Fair statt prekär“ wollen die rund 900 DozentInnen an der VHS und etwa 75 Honorarkräfte an der Musikschule bezahlt werden. Sie fordern einen Tarifvertrag, einen Stundenlohn von 35 Euro pro Unterrichtsstunde, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die Möglichkeit von Festanstellungen.

Dabei erhalten sie Unterstützung von der Linken: Sie hat gestern einen Antrag in die Stadtbürgerschaft eingebracht, um die Arbeitsbedingungen der Honorarkräfte zu verbessern. Sowohl die VHS als auch die Musikschule sind Eigenbetriebe der Stadtgemeinde. Daher müsse, so heißt es im Antrag,

„die Politik ihrer Verantwortung gegenüber den Beschäftigten endlich angemessen nachkommen und die prekären Verhältnisse beenden“. Die Linke fordert den Senat auf, in den Haushaltsentwürfen für 2018/19 eine stufenweise Erhöhung der Honorarsätze zu berücksichtigen und der VHS und der Musikschule dafür entsprechend höhere Zuschüsse zu zahlen. Mittelfristig sollen die Honorare dann auf die geforderten 35 Euro pro Stunde steigen. Außerdem soll die Zahl der Festanstellungen „bis 2020 signifikant“ erhöht werden. Auch die soziale Absicherung der Honorarkräfte soll verbessert werden, indem bis zum ersten Quartal 2018 ein Konzept zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und zu bezahltem Urlaub vorgelegt werden soll.

Zu den Erfolgschancen des Antrags sagt die kulturpolitische Sprecherin der Linken, Miriam Strunge: „Solche Anträge aus der Opposition sind normalerweise leicht abzulehnen. Dieser aber wird nun in die Kulturdeputation verwiesen, und das bedeutet: Er wird weiter diskutiert, und dieses Thema bleibt aktuell.“

Karolina Meyer-Schilf

taz Bremen

8.11.2017